

Bundesgesetzblatt ²⁷⁷

Teil II

G 1998

2002 **Ausgegeben zu Bonn am 25. Februar 2002** **Nr. 7**

Tag	Inhalt	Seite
19. 2. 2002	Gesetz zu dem Vertrag vom 23. Mai 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Botsuana über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE020	278
19. 2. 2002	Gesetz zu dem Abkommen vom 11. März 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE022	286
19. 2. 2002	Gesetz zu dem Vertrag vom 7. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE023	296
13. 2. 2002	Fünfte Verordnung über die Inkraftsetzung von Änderungen internationaler Vorschriften über den Umweltschutz im Seeverkehr (Fünfte Inkraftsetzungsverordnung Umweltschutz-See) FNA: 2129-12-1	304
14. 1. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Europäische Konferenz der Verkehrsminister	316
14. 1. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozon-schicht	316
14. 1. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, und der Änderungen von 1990, 1992 und 1997 hierzu	317
14. 1. 2002	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-luxemburgischen Abkommens über Zusammenarbeit im Bereich der Insolvenzsicherung betrieblicher Altersversorgung	319
14. 1. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika	319
14. 1. 2002	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-maltesischen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie über das Außerkrafttreten des früheren Abkommens vom 17. September 1974	320
14. 1. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten	321
15. 1. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über den Zivilprozess	323
17. 1. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1984 zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die langfristige Finanzierung des Programms über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa (EMEP)	324

Gesetz
zu dem Vertrag vom 23. Mai 2000
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Botsuana
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 19. Februar 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Gaborone am 23. Mai 2000 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Botsuana über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 19. Februar 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Müller

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Botswana
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Treaty
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Botswana
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Botswana –

The Federal Republic of Germany
and
the Republic of Botswana –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

desiring to intensify economic co-operation between both States,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

intending to create favourable conditions for investments by nationals and companies of either State in the territory of the other State,

in der Erkenntnis, dass eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

recognizing that the encouragement and contractual protection of such investments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations –

haben Folgendes vereinbart:

have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

For the purposes of this Treaty

1. umfasst der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere

1. the term “investments” comprises every kind of asset, in particular:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
- c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

- (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
- (b) shares of companies and other kinds of interest in companies;
- (c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;
- (d) intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility-model patents, registered designs, trademarks, trade-names, trade and business secrets, technical processes, know-how, and good will;
- (e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract and exploit natural resources;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, lässt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

2. the term “returns” means the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;

3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“

3. the term “nationals” means

- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
- b) in Bezug auf die Republik Botswana:
eine Person, die nach den Gesetzen der Republik Botswana deren Staatsangehöriger ist;

- (a) in respect of the Federal Republic of Germany:
Germans within the meaning of the Basic Law for the Federal Republic of Germany,
- (b) in respect of the Republic of Botswana:
a person who is a citizen of the Republic of Botswana according to its laws;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

b) in Bezug auf die Republik Botsuana:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Botsuana hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften zulassen. Er wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Ein Vertragsstaat wird die Verwaltung, die Erhaltung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jeder Vertragsstaat behandelt Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluss von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jeder Vertragsstaat behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als seine eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder Staatsangehörige oder Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die ein Vertragsstaat den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen seiner Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen seiner Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats genießen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muss dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muss unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem am Tag der Enteignung in dem Vertragsstaat, in dem die Enteignung der

4. the term "companies" means

(a) in respect of the Federal Republic of Germany:

any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are directed at profit,

(b) in respect of the Republic of Botswana:

any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of the Republic of Botswana, irrespective of whether or not its activities are directed at profit.

Article 2

(1) Each Contracting State shall in its territory promote as far as possible investments by nationals or companies of the other Contracting State and admit such investments in accordance with its legislation. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment.

(2) Neither Contracting State shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory of nationals or companies of the other Contracting State.

Article 3

(1) Neither Contracting State shall subject investments in its territory owned or controlled by nationals or companies of the other Contracting State to treatment less favourable than it accords to investments of its own nationals or companies or to investments of nationals or companies of any third State.

(2) Neither Contracting State shall subject nationals or companies of the other Contracting State, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own nationals or companies or to nationals or companies of any third State.

(3) Such treatment shall not relate to privileges which either Contracting State accords to nationals or companies of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting State accords to nationals or companies of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting State shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting State.

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting State shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting State except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall carry interest at the market lending rate prevailing on the date of expropriation in the Contracting State in which the expropriation of the investment took

Kapitalanlage stattgefunden hat, vorherrschenden marktüblichen Kreditzinssatz zu verzinsen; sie muss tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muss in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften eines Vertragsstaats, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von diesem Vertragsstaat hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als seine eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jeder Vertragsstaat gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet ein Vertragsstaat seinen Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so erkennt dieser andere Vertragsstaat, unbeschadet der Rechte des erstgenannten Vertragsstaats aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf den erstgenannten Vertragsstaat an. Ferner erkennt der andere Vertragsstaat den Eintritt des erstgenannten Vertragsstaats in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche der erstgenannte Vertragsstaat in demselben Umfang wie sein Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muss dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung,

until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Nationals or companies of either Contracting State whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting State owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting State than that which the latter Contracting State accords to its own nationals or companies as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Nationals or companies of either Contracting State shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting State in respect of the matters provided for in this Article.

Article 5

Each Contracting State shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting State the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) the returns;
- (c) the repayment of loans;
- (d) the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) the compensation provided for in Article 4.

Article 6

If either Contracting State makes a payment to any of its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting State, the latter Contracting State shall, without prejudice to the rights of the former Contracting State under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such national or company to the former Contracting State. The latter Contracting State shall also recognize the subrogation of the former Contracting State to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting State shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments made by virtue of such assigned claims, Article 4 (2) and (3) as well as Article 5 shall apply mutatis mutandis.

Article 7

(1) Transfers under Article 4 (2) or (3), under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the applicable rate of exchange.

(2) This rate of exchange shall correspond to the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights.

Article 8

(1) If the legislation of either Contracting State or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting States in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling invest-

durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewährt ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jeder Vertragsstaat wird jede andere Verpflichtung einhalten, die er in Bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften des einen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats in dessen Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, dass er die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsstaaten auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft eines Vertragsstaats und dem anderen Vertragsstaat eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

ments by nationals or companies of the other Contracting State to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting State shall observe any other obligation it has assumed with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting State.

Article 9

This Treaty shall also apply to investments made prior to its entry into force by nationals or companies of either Contracting State in the territory of the other Contracting State consistent with the latter's legislation.

Article 10

(1) Divergencies between the Contracting States concerning the interpretation or application of this Treaty should as far as possible be settled by the governments of the two Contracting States.

(2) If a divergency cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting State be submitted to an arbitration tribunal.

(3) Such arbitration tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting State shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the governments of the two Contracting States. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months from the date on which either Contracting State has informed the other Contracting State that it intends to submit the dispute to an arbitration tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting State may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting State or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting State or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting State should make the necessary appointments.

(5) The arbitration tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting State shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitration proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting States. The arbitration tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitration tribunal shall determine its own procedure.

(6) If both Contracting States are Contracting States of the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States, the arbitration tribunal provided for above may in consideration of the provisions of Article 27 (1) of the said Convention not be appealed to insofar as agreement has been reached between the national or company of one Contracting State and the other Contracting State under Article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of appealing to such arbitration tribunal in the event that a decision of the Arbitration Tribunal established under the said Convention is not complied with (Article 27) or in the case of an assignment under a law or pursuant to a legal transaction as provided for in Article 6 of this Treaty.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen einem der Vertragsstaaten und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft des anderen Vertragsstaats sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft des anderen Vertragsstaats einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, dass der Staatsangehörige oder die Gesellschaft des anderen Vertragsstaats eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsstaaten diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Das beigefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht einer der beiden Vertragsstaaten den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die vorstehenden Artikel noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Gaborone am 23. Mai 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 11

(1) Divergencies concerning investments between a Contracting State and a national or company of the other Contracting State should as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) If the divergency cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall, at the request of the national or company of the other Contracting State, be submitted for arbitration. Unless the parties in dispute agree otherwise, the divergency shall be submitted for arbitration under the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States.

(3) The award shall be binding and shall not be subject to any appeal or remedy other than those provided for in the said Convention. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(4) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting State involved in the dispute shall not raise the objection that the national or company of the other Contracting State has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

Article 12

This Treaty shall be in force irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting States.

Article 13

The attached Protocol is an integral part of this Treaty.

Article 14

(1) This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting State twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years this Treaty may be denounced at any time by either Contracting State giving twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, the provisions of the preceding Articles shall continue to be effective for a further period of twenty years from the date of termination of this Treaty.

Done at Gaborone on 23 May 2000 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Dr. Irene Hinrichsen

Für die Republik Botswana
For the Republic of Botswana

Daniel Kwelagobe

Protokoll
zu dem Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Botsuana
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Protocol
to the Treaty
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Botswana
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Botsuana über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die Bevollmächtigten außerdem die folgenden Bestimmungen des Protokolls vereinbart, das Bestandteil dieses Vertrags ist:

On signing the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Botswana concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions of this Protocol, which is an integral part of the said Treaty:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger eines Vertragsstaats jede Person, die einen von den zuständigen Behörden des betreffenden Vertragsstaats ausgestellten nationalen Reisepass besitzt.

(1) Ad Article 1

- a) Returns from the investment and, in the event of their re-investment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.
- b) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting State concerned shall be deemed to be a national of that State.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht dem jeweiligen Vertragsstaat die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(2) Ad Article 2

- a) Investments made, in accordance with the legislation of either Contracting State, within the territory of that Contracting State by nationals or companies of the other Contracting State shall enjoy the full protection of the Treaty.
- b) The Treaty shall also apply to the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits the Contracting State concerned to exercise sovereign rights or jurisdiction in these areas.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Erhaltung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Spezielle Maßnahmen der Republik Botsuana im Rahmen ihres Finanzhilfeprogramms zur Entwicklung ortsansässiger Industrien, die nur für ihre Staatsangehörigen oder Gesellschaften gelten, werden nicht als Verstoß gegen Artikel 3 betrachtet, vorausgesetzt, dass sie Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in der Republik Botswana nicht wesentlich beeinträchtigen.

(3) Ad Article 3

- a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within the meaning of Article 3 (2): the management, maintenance, use and enjoyment of an investment. The following shall, in particular, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3: unequal treatment in the case of restrictions on the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, unequal treatment in the case of impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3.
- b) Special measures taken by the Republic of Botswana within its financial assistance programme to develop local industries that are applied to its nationals or companies only are not regarded to be contrary to Article 3, provided they do not substantially impair investments of German nationals or companies in the Republic of Botswana.

- c) Artikel 3 verpflichtet einen Vertragsstaat nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, die nach den Steuergesetzen nur den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen oder Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszuweiten.
- d) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das Gleiche gilt für Arbeitnehmer des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.
- (c) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting State to extend to natural persons or companies resident in the territory of the other Contracting State tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to natural persons and companies resident in its territory.
- (d) The Contracting States shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting State who wish to enter the territory of the other Contracting State in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting State who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting State and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(4) Ad Article 4

A claim to compensation shall also exist when, as a result of State intervention in the company in which the investment is made, its economic substance is severely impaired.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(5) Ad Article 7

A transfer shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of Article 7 (1) if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months.

(6)

Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird ein Vertragsstaat die Transportunternehmen des anderen Vertragsstaats weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

(6)

Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, each Contracting State shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting State and shall issue permits as required to carry out such transport. This shall include the transport of

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.
- (a) goods directly intended for an investment within the meaning of the Treaty or acquired in the territory of either Contracting State or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of the Treaty are invested;
- (b) persons travelling in connection with an investment.

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 11. März 1996
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Demokratischen Volksrepublik Algerien
über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 19. Februar 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Algier am 11. März 1996 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage sowie dem Notenwechsel vom 17. Mai/17. Oktober 2000 wird zugestimmt. Das Abkommen, das Protokoll sowie der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 11 Abs. 2, das Protokoll und der Notenwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 19. Februar 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Müller

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Demokratischen Volksrepublik Algerien
über die gegenseitige Förderung und den
gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Accord
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République Algérienne Démocratique et Populaire
relatif à l'encouragement et à la
protection réciproques des investissements

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Demokratische Volksrepublik Algerien –

La République fédérale d'Allemagne
et

La République Algérienne Démocratique et Populaire,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

désireuses d'approfondir la coopération économique entre les deux Etats,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

soucieuses de créer des conditions favorables aux investissements des nationaux ou sociétés de l'un des deux Etats sur le territoire de l'autre Etat,

in der Erkenntnis, daß eine gegenseitige Förderung und ein gegenseitiger Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative von Staatsangehörigen und Gesellschaften zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

reconnaissant qu'un encouragement et une protection réciproques de ces investissements sont susceptibles de stimuler l'initiative économique privée des nationaux et sociétés et d'augmenter la prospérité des deux peuples,

haben folgendes vereinbart:

sont convenues de ce qui suit:

Artikel 1

Article 1

(1) Im Sinne dieses Abkommens

1. Au sens du présent Accord,

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, die von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei entsprechend ihrer Gesetzgebung angelegt werden, insbesondere

1) le terme «investissement» désigne tout élément d'actif investi par des nationaux ou sociétés d'une partie contractante sur le territoire et conformément à la législation de l'autre partie contractante, notamment:

- a) Eigentumsrechte an beweglichen und unbeweglichen Sachen und andere dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
- c) Ansprüche auf Geld, das angelegt wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
- e) Rechte aus öffentlich-rechtlichen Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

- a) les droits de propriété sur les biens meubles et immeubles et autres droits réels tels que les hypothèques et gages;
- b) les droits de participation à des sociétés et autres sortes de participation à des sociétés;
- c) les créances relatives à des capitaux qui ont été investis pour créer une valeur économique ou les créances relatives à des prestations présentant une valeur économique;
- d) les droits de propriété intellectuelle, en particulier les droits d'auteur, brevets, modèles d'utilité, dessins et modèles industriels, marques, noms commerciaux, secrets d'entreprise et d'affaires, procédés techniques, savoir faire et good will;
- e) les droits liés à des concessions de droit public, y compris les concessions de prospection et d'exploitation;

eine Änderung der Form, in der die unter dieser Nummer genannten Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

toute modification d'investissement des éléments d'actif mentionnés à l'alinéa 1 du présent paragraphe, n'affecte pas leur qualification d'investissement;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinne, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

2) le terme «revenu» désigne toutes les sommes produites pour une période déterminée au titre d'un d'investissement, telles que les bénéfices, dividendes, intérêts, royalties ou autres rémunérations;

3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“ in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, in bezug auf die Demokratische Volksrepublik Algerien natürliche Personen mit algerischer Staatsangehörigkeit;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“ jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft, die nach dem Recht der betreffenden Vertragspartei gegründet worden ist und ihren Sitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat.

(2) Das Abkommen findet Anwendung in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien und in den jenseits der Hoheitsgewässer gelegenen Meereszonen, über die die jeweilige Vertragspartei in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse ausübt.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen und fördern und sie in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(3) Erträge aus der Kapitalanlage und im Falle einer Wiederanlage auch die darauf anfallenden Erträge genießen den gleichen Schutz wie die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommene Kapitalanlage.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige und Gesellschaften der anderen Vertragspartei insbesondere hinsichtlich der Verwaltung, Verwendung, des Gebrauchs und der Nutzung ihrer Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in oder der Assoziierung mit einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone einräumt.

(4) Diese Behandlung bezieht sich auch nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Tag entspre-

3) le terme «nationaux» désigne les personnes physiques possédant pour la République Algérienne Démocratique et Populaire la nationalité algérienne et pour la République fédérale d'Allemagne la nationalité allemande au sens de la loi Fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne;

4) le terme «société» désigne toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autres sociétés, constituées conformément à la législation en vigueur de la partie contractante en question et ayant son siège sur le territoire de celle-ci.

2. Le présent Accord s'applique au territoire de chacune des parties contractantes ainsi qu'aux zones maritimes situées au delà de la limite des eaux territoriales, et sur lesquelles chacune des parties contractantes exerce respectivement, conformément au droit international, des droits souverains ou juridictionnels.

Article 2

1. Chaque partie contractante admet et encourage sur son territoire, conformément à sa législation, les investissements des nationaux et sociétés de l'autre partie contractante et leur accorde, dans chaque cas, un traitement juste et équitable.

2. Aucune des parties contractantes ne doit entraver, moyennant des mesures arbitraires ou discriminatoires, l'administration, l'utilisation, l'usage ou la jouissance des investissements des nationaux ou sociétés de l'autre partie contractante sur son territoire.

3. Les revenus de l'investissement et en cas de réinvestissement les revenus y relatifs bénéficient de la même protection que l'investissement réalisé conformément à la législation de la partie contractante concernée.

Article 3

1. Chaque partie contractante accorde, sur son territoire, aux investissements des nationaux et sociétés de l'autre partie contractante, un traitement non moins favorable que celui réservé aux investissements de ses propres nationaux ou sociétés ou de ceux de pays tiers.

2. Chaque partie contractante accorde sur son territoire, aux nationaux et sociétés de l'autre partie contractante, en ce qui concerne notamment l'administration, l'utilisation, l'usage et la jouissance de leurs investissements, un traitement non moins favorable que celui réservé à ses propres nationaux et sociétés ou aux nationaux et sociétés d'Etats tiers.

3. Ce traitement ne s'étend pas aux privilèges consentis par une partie contractante aux nationaux ou sociétés d'Etats tiers en raison soit de son appartenance à une union douanière ou économique, un marché commun ou une zone de libre échange, soit de son association avec l'un ou l'autre de ces derniers.

4. Le traitement accordé par le présent article ne s'étend pas non plus aux avantages accordés par une partie contractante aux nationaux ou sociétés d'Etats tiers en vertu d'un accord sur la double imposition ou de tout autre arrangement dans le domaine fiscal.

Article 4

1. Les investissements des nationaux et sociétés d'une partie contractante jouiront sur le territoire de l'autre partie contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

2. Les investissements des nationaux ou sociétés d'une partie contractante ne pourront faire l'objet, sur le territoire de l'autre partie contractante, d'une expropriation, nationalisation, ou d'autres mesures dont les effets seraient équivalents à ceux d'une expropriation ou d'une nationalisation, que pour des raisons d'utilité publique et contre indemnisation. L'indemnisation devra correspondre à la valeur de l'investissement exproprié à

chen, an dem die tatsächliche oder beschlossene Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige und Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder solche dritter Staaten. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei, die in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen tätigen, den freien Transfer, insbesondere

- a) des zur Durchführung, Aufrechterhaltung oder Ausweitung einer Kapitalanlage erforderlichen Kapitals in das Land, in dem die Kapitalanlage belegen ist;
- b) der Erträge aus der Kapitalanlage;
- c) der Rückzahlung auf gewährte Gesellschafterdarlehen im Rahmen der Durchführung oder Erweiterung einer Kapitalanlage;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen und der in Artikel 6 vorgesehenen Zahlungen.

(2) Die in Absatz 1 und in Artikel 6 vorgesehenen Transferierungen erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Wechselkurs der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage belegen ist.

(3) Dieser Kurs darf nicht wesentlich von dem Wechselkurs abweichen, der sich aus dem Kreuzkursverhältnis zum US-Dollar auf den Devisenmärkten des Landes, in dem die Kapitalanlage getätigt ist, und des Landes, in dessen Währung der Transfer durchgeführt werden soll, ergibt.

(4) Die Transferierungen werden in einer Frist von höchstens zwei Monaten nach Einreichung eines formgerechten Antrags durchgeführt.

Artikel 6

(1) Leistet eine Vertragspartei oder die von ihr benannte Einrichtung („erste Vertragspartei“) eine Schadenersatzzahlung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei („zweite Vertragspartei“), so erkennt die zweite Vertragspartei unbeschadet der Rechte der ersten Vertragspartei aus Artikel 9 folgendes an:

- a) die Abtretung aller Rechte und Forderungen der Staatsangehörigen und Gesellschaften der ersten Vertragspartei an diese kraft Rechtsvorschrift oder Rechtsgeschäfts;
- b) das Recht der ersten Vertragspartei, in die genannten Rechte und Forderungen einzutreten und diese im gleichen Umfang wie die Staatsangehörigen und Gesellschaften der ersten Vertragspartei geltend zu machen.

la veille du jour auquel l'expropriation, la nationalisation ou la mesure semblable, effective ou décidée a été rendue publique. L'indemnité devra être versée sans délai et elle produira, jusqu'à la date de versement, des intérêts calculés au taux bancaire usuel; elle devra être effectivement réalisable et librement transférable. Au plus tard au moment de l'expropriation, de la nationalisation ou de l'exécution de la mesure semblable, il devra être pourvu de façon adéquate à la fixation et au versement de l'indemnité. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure semblable et le montant de l'indemnité devront pouvoir être vérifiés par une procédure judiciaire ordinaire.

3. Les nationaux et sociétés d'une partie contractante, dont les investissements auraient subi des pertes par l'effet d'une guerre ou autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence national ou d'une émeute sur le territoire de l'autre partie contractante, bénéficieront de la part de cette dernière, en ce qui concerne les restitutions, indemnités, compensations ou autres contreparties, d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé à ses propres nationaux ou sociétés ou à ceux d'Etats tiers. De tels versements devront être librement transférables.

Article 5

1. Chaque partie contractante garantit aux nationaux et sociétés de l'autre partie contractante, qui réalisent des investissements sur son territoire, le libre transfert notamment:

- a) des capitaux nécessaires à la réalisation, au maintien ou au développement de l'investissement, vers le pays de localisation dudit investissement;
- b) des revenus de l'investissement;
- c) du remboursement des prêts consentis par les associés à la société dans le cadre de la réalisation ou du développement de l'investissement;
- d) du produit de la cession ou liquidation totale ou partielle de l'investissement;
- e) des indemnités prévues à l'article 4, et des paiements prévus à l'article 6 du présent Accord.

2. Les transferts visés au paragraphe premier du présent article et à l'article 6, sont effectués sans délai au taux de change officiel à la date de ceux-ci dans l'Etat sur le territoire duquel l'investissement est localisé.

3. Ce taux de change ne devra pas différer sensiblement du taux de change qui résulte d'une relation croisée avec le dollar des Etats-Unis d'Amérique tel que coté sur les marchés des changes du pays d'accueil de l'investissement et du pays dans la monnaie duquel le transfert est effectué.

4. Les transferts sont effectués dans un délai maximum de deux (02) mois, à partir de la date de dépôt du dossier dûment constitué.

Article 6

1. Si l'une des parties contractantes ou l'organisme désigné par ladite partie («la première partie contractante») effectue un paiement à titre d'indemnité versée pour un investissement réalisé sur le territoire de l'autre partie contractante («la seconde partie contractante»), la seconde partie contractante reconnaît sans préjudice des droits de la première partie contractante visés à l'article neuf (9) du présent Traité:

- a) la cession en faveur de la première partie contractante de par la législation ou de par un acte juridique de tous les droits et créances des nationaux et sociétés de la première partie contractante;
- b) le droit de la première partie contractante d'être subrogée dans lesdits droits et créances ainsi que d'exercer ces droits et de revendiquer ces créances dans la même mesure que les nationaux et sociétés de la première partie contractante.

(2) Die erste Vertragspartei hat auf alle Fälle Anspruch auf

- a) Gleichbehandlung hinsichtlich der durch die Abtretung erworbenen Rechte und Forderungen;
- b) alle aufgrund der genannten Rechte und Forderungen geleisteten Zahlungen im Zusammenhang mit der Kapitalanlage und den entsprechenden Erträgen, auf die die Staatsangehörigen und Gesellschaften der ersten Vertragspartei nach diesem Abkommen Anspruch hatten.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die für beide Vertragsparteien verbindlich sind, für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als in diesem Abkommen vorgesehen, so wird diese günstigere Behandlung angewandt.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

Dieses Abkommen gilt auch für Angelegenheiten, die in diesem Abkommen geregelt sind und sich nach seinem Inkrafttreten in bezug auf Kapitalanlagen ergeben, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben. Dieses Abkommen findet keine Anwendung auf Streitfälle, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Artikel 9

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sind, soweit möglich, zwischen den Vertragsparteien auf diplomatischem Wege beizulegen.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht selbst; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann in Ausnahmefällen eine andere Kostenregelung treffen. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

2. La première partie contractante a droit en toutes circonstances:

- a) au même traitement en ce qui concerne les droits et créances acquis par elle en vertu de la cession, et
- b) à tous paiements reçus au titre desdits droits et créances que les nationaux et sociétés de la première partie contractante avaient droit à recevoir en vertu du présent Accord pour l'investissement concerné et les revenus correspondants.

Article 7

1. S'il résulte de la législation d'une partie contractante ou d'engagements liant les deux parties en vertu d'accords internationaux, qu'un traitement plus favorable que celui prévu au présent Accord est accordé aux investissements des nationaux ou sociétés de l'autre partie contractante, il sera fait application de ce traitement plus favorable.

2. Chaque partie contractante respectera toute autre obligation dont elle aura convenu, relative à des investissements de nationaux ou sociétés de l'autre partie contractante sur son territoire.

Article 8

Le présent Accord s'applique également aux faits couverts par cet Accord qui sont postérieurs à son entrée en vigueur et qui concernent des investissements que les nationaux ou sociétés d'une partie contractante ont réalisés, avant l'entrée en vigueur du présent Accord, sur le territoire de l'autre partie contractante en conformité avec la législation en vigueur de cette dernière partie contractante. Le présent Accord ne sera pas applicable aux différends dont la naissance est antérieure à la date de sa mise en vigueur.

Article 9

1. Tout différend entre les parties contractantes relatif à l'interprétation ou à l'application du présent Accord doit être réglé autant que possible par voie diplomatique, par les deux parties contractantes.

2. Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il sera soumis à un tribunal d'arbitrage sur demande de l'une des deux parties contractantes.

3. Le Tribunal d'Arbitrage sera constitué «ad hoc»; chaque partie contractante nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme Président le ressortissant d'un Etat tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux parties contractantes. Les membres seront nommés dans un délai de deux (02) mois, le Président dans un délai de trois (03) mois après que l'une des parties contractantes aura fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage.

4. Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque partie contractante peut inviter le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait ressortissant de l'une des deux parties contractantes, ou s'il était empêché pour une autre raison il appartiendrait au vice-président de procéder aux nominations. Si le vice-président était, lui aussi, ressortissant de l'une des deux parties contractantes ou s'il était également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des parties contractantes qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

5. Le Tribunal d'Arbitrage statue à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque partie contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de son propre arbitre ainsi que les frais de sa représentation dans la procédure devant le Tribunal d'Arbitrage; les frais du Président ainsi que les autres frais seront assumés à parts égales par les deux parties contractantes. Le Tribunal d'Arbitrage pourra en raison de circonstances exceptionnelles, fixer un autre mode de règlement concernant les dépenses. Le Tribunal d'Arbitrage fixera lui même sa procédure.

(6) Dieses Abkommen läßt Artikel 27 des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unberührt. Im Fall der Übertragung von Rechten und Forderungen nach Artikel 6 dieses Abkommens auf eine Vertragspartei bleibt es dieser unbenommen, das in diesem Artikel vorgesehene Schiedsgericht anzurufen.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Wenn eine Meinungsverschiedenheit nach Ablauf einer Frist von mindestens sechs Monaten nach ihrer Geltendmachung nicht durch innerstaatliche oder andere Verfahren gütlich beigelegt worden ist und der betreffende Staatsangehörige oder die betreffende Gesellschaft einen entsprechenden Antrag stellt, wird sie einem Schiedsgericht unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 11

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien das Abkommen mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann das Abkommen jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 10 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Abkommens an.

Geschehen zu Algier am 11. März 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Werner Hoyer

Für die Demokratische Volksrepublik Algerien
Pour la République Algérienne Démocratique et Populaire
Lahcène Moussaoui

6. Les dispositions du présent Accord s'appliquent sans préjudice des dispositions de l'article 27 de la Convention pour le Règlement des Différends Relatifs aux Investissements entre Etats et Ressortissants d'Autres Etats du 18 mars 1965. En cas de subrogation d'une partie contractante, conformément à l'article 6 du présent Accord, cette partie contractante est libre de saisir le Tribunal d'Arbitrage visé au présent article.

Article 10

1. Les différends relatifs à des investissements et survenant entre l'une des parties contractantes et un national ou une société de l'autre partie contractante devraient, autant que possible, être réglés à l'amiable entre les parties au différend.

2. Si à l'expiration d'un délai minimum de six (06) mois à compter de la date à laquelle le différend aura été soulevé, ledit différend n'aura pas été réglé par la voie amiable, par l'utilisation des voies de recours internes ou autres, et si le national concerné ou la société concernée le demande, il sera soumis à arbitrage. A moins que les parties au différend n'en conviennent autrement, le différend sera soumis à une procédure d'arbitrage dans le cadre de la Convention pour le Règlement des Différends Relatifs aux Investissements entre Etats et Ressortissants d'Autres Etats du 18 mars 1965.

3. La sentence arbitrale sera obligatoire et ne pourra faire l'objet de plaintes ou recours autres que ceux prévus par la convention susmentionnée. Elle sera exécutée conformément au droit national.

4. Au cours d'une procédure d'arbitrage ou de l'exécution d'une sentence arbitrale, la partie contractante partie au différend ne soulèvera aucune exception tirée du fait que le ressortissant ou la société de l'autre partie contractante a été dédommagé partiellement ou intégralement par une assurance.

Article 11

1. Le présent Accord sera ratifié; l'échange des instruments aura lieu aussitôt que possible.

2. Le présent Accord entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix (10) ans et sera prolongé par la suite pour une durée illimitée à moins d'être dénoncé par écrit par l'une des parties contractantes sous réserve d'un préavis de douze (12) mois avant son expiration. A l'expiration de la période de dix (10) ans, le présent Accord pourra être dénoncé à tout moment sous réserve d'un préavis de douze (12) mois.

3. Pour les investissements effectués avant la date d'expiration du présent Accord, les articles 1 à 10 ci-dessus resteront encore applicables pendant vingt (20) ans à partir de la date d'expiration du présent Accord.

Fait à Alger, le 11 mars 1996 en deux originaux en langues allemande, arabe et française, les trois textes faisant également foi.

Protokoll
zum Abkommen
über die gegenseitige Förderung und den
gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Protocole
additif à l'Accord
relatif à l'encouragement et à la
protection réciproques des investissements

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Abkommens gelten:

1. Als „Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse“ im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe d sind der Allgemeinheit nicht zugängliche Informationen oder Kenntnisse, die nicht unter einen der anderen in jenem Artikel genannten Bereiche fallen, wie Kenntnisse von technischen Betriebsabläufen, Kundenkarteien, Bezugsquellenlisten, Bildarchive, Datensammlungen, Unterlagen der Geschäfts- oder Personalführung anzusehen.

Die Vertragsparteien sind sich darin einig, daß der Investor die Grundlagen für die Wertermittlung eines Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses überzeugend darzulegen hat.

2. a) Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere folgendes anzusehen: Einschränkungen beim Bezug von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Artikel 3 verpflichtet eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, die nach den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Staatsangehörigen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige Staatsangehörige und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf Einreise und Aufenthalt von Staatsangehörigen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Staatsangehörige der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.
3. Ein Anspruch einer Vertragspartei auf Entschädigung besteht auch in den Fällen, in denen andere als die in Artikel 4 genannten Maßnahmen von der anderen Vertragspartei ergriffen werden und die Kapitalanlage dadurch in ihrer finanziellen Substanz erheblich beeinträchtigt wird.
4. Als „Angelegenheit“ im Sinne des Artikels 8 gelten die materiellen Bestimmungen der Artikel 2 bis 10.

Lors de la signature de l'Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la République Algérienne Démocratique et Populaire, relatif à l'encouragement et à la protection réciproques des investissements, les plénipotentiaires soussignés sont convenus, en outre, des dispositions suivantes qui seront considérées comme formant partie intégrante de l'Accord.

1. Seront considérés comme «secret d'entreprise et d'affaires» au sens de la lettre (d) de l'alinéa 1 du paragraphe premier de l'article 1^{er}, les informations et connaissances inaccessibles au public et qui ne relèvent d'aucun des autres domaines mentionnés dans ledit article, telles que connaissances sur le fonctionnement technique de l'entreprise, fichiers de clients, listes de fournisseurs, archives photographiques, fichiers de données ainsi que documents sur la gestion et le personnel de l'entreprise.

Les parties contractantes conviennent qu'il appartient à l'investisseur de produire des éléments probants permettant l'évaluation du secret d'entreprise et d'affaires.

2. a) Seront considérées comme traitement «moins favorable» au sens de l'article 3 notamment: toute restriction des fournitures de matières premières et consommables, des fournitures en énergie et de combustibles ainsi que d'outillage et de moyens de production de toute sorte, toute entrave à la vente des produits à l'intérieur et à l'extérieur du pays ainsi que toute autre mesure ayant un effet similaire. Toute mesure prise en raison de la sécurité et de l'ordre publics, de la santé publique ou des bonnes mœurs ne représente pas un traitement «moins favorable» conformément à l'article 3.
- b) Les dispositions de l'article 3 n'obligent pas une partie contractante, qui conformément à sa législation fiscale consentirait des allègements fiscaux, exemptions et abattements d'impôts aux seuls nationaux et sociétés résidant sur son territoire, à étendre ces avantages aux nationaux et sociétés résidant sur le territoire de l'autre partie contractante.
- c) Dans le cadre de leurs réglementations nationales, les parties contractantes examineront favorablement les demandes d'entrée et de séjour dans le pays de l'une des parties contractantes faites par des nationaux de l'autre partie contractante qui désirent y entrer ou séjourner dans le cadre d'un investissement; il en est de même pour tout national de l'une des parties contractantes qui désire entrer ou séjourner sur le territoire de l'autre partie dans le cadre d'un investissement afin d'y exercer une activité de salarié. Les demandes de permis de travail seront également examinées favorablement.
3. Le droit à indemnisation peut être également revendiqué par un national ou une société d'une partie contractante dans le cas où des mesures autres que celles prévues à l'article 4, prises par l'autre partie contractante, affectent considérablement l'investissement dans sa substance financière.
4. Seront considérées comme «faits» au sens de l'article 8 du présent Accord, les dispositions matérielles des articles 2 à 10 de l'Accord.

5. Dieses Abkommen gilt auch in den in Artikel 63 des Wiener Übereinkommens vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge genannten Fällen uneingeschränkt fort.
6. Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.
5. Les dispositions du présent Accord continuent d'être pleinement applicables dans les cas prévus par l'article 63 de la Convention de Vienne sur le Droit des Traités, signée le 23 mai 1969.
6. S'agissant de transports de biens ou de personnes dans le cadre d'un investissement, l'une des parties contractantes n'exclura et n'entravera pas les sociétés de transport de l'autre partie contractante et autorisera, le cas échéant, la réalisation des transports.

Geschehen zu Algier am 11. März 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Fait à Alger, le 11 mars 1996, en deux originaux en langues allemande, arabe et française, les trois textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Werner Hoyer

Für die Demokratische Volksrepublik Algerien
Pour la République Algérienne Démocratique et Populaire
Lahcène Moussaoui

(Übersetzung)

République Algérienne
Démocratique et Populaire

Ministère des Affaires Etrangères

Alger, le 17 mai 2000

Demokratische Volksrepublik Algerien

Ministerium für
Auswärtige Angelegenheiten

Algier, den 17. Mai 2000

Excellence,

Me référant à nos discussions précédentes, et dans le souci de mettre en adéquation les textes en langues arabe, allemande et française du «Traité entre la République Algérienne Démocratique et Populaire et la République Fédérale d'Allemagne, relatif à l'encouragement et à la protection réciproques des investissements», signé à Alger le 11 mars 1996, j'ai l'honneur de vous proposer d'apporter les rectifications ci-après aux textes arabe, allemand, et français dudit traité:

I/Dans le texte en langue arabe:

1/Article 1er:

a) Alinéa 1er, point d):

- à remplacer l'expression «good will», à la 3ème ligne, par: «الشهرة التجارية».

II/Dans le texte en langue allemande:

1/Titre:

a) Appellation:

- à remplacer l'expression «Vertrag» par «Abkommen» dans l'ensemble du texte.

III/Dans le texte en langue française:

1/Titre:

a) Appellation:

- à remplacer l'expression «traité» par «accord» dans l'ensemble du texte.

Je vous saurais gré de bien vouloir me confirmer l'accord de votre gouvernement sur ce qui précède et vous propose de considérer la présente note ainsi que la note de réponse de Votre Excellence comme étant un arrangement entre nos deux Etats sur les textes de l'accord en langues arabe, allemande et française qui font également foi, lequel arrangement fera foi ab initio, à partir de la date d'entrée en vigueur de l'accord du 11 mars 1996.

Veillez agréer, Excellence, les assurances de ma très haute considération.

Le Secrétaire Général
Abdelmadjid Fasla

Son Excellence,
Monsieur Rudolf Steffen,
Ambassadeur de la République Fédérale d'Allemagne
Alger

Exzellenz,

unter Bezugnahme auf unsere vorangegangenen Besprechungen und in dem Bestreben, den deutschen, arabischen und französischen Wortlaut des „Vertrags zwischen der Demokratischen Volksrepublik Algerien und der Bundesrepublik Deutschland über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen“, der am 11. März 1996 in Algier unterzeichnet wurde, in Übereinstimmung zu bringen,

beehre ich mich, Ihnen folgende Berichtigungen des deutschen, arabischen und französischen Wortlauts des Vertrags vorzuschlagen:

I – Im arabischen Wortlaut:

1. Artikel 1

a) Absatz 1 Buchstabe d:

- Ersetzung des Ausdrucks „good will“ in Zeile 3 durch „الشهرة التجارية“.

II – Im deutschen Wortlaut:

1. Titel:

a) Bezeichnung:

- Ersetzung des Ausdrucks „Vertrag“ durch „Abkommen“ im gesamten Text.

III – Im französischen Wortlaut:

1. – Titel:

a) Bezeichnung:

- Ersetzung des Ausdrucks „traité“ durch „accord“ im gesamten Text.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir das Einverständnis Ihrer Regierung mit dem Vorstehenden bestätigen würden, und schlage Ihnen vor, diese Note sowie die Antwortnote Eurer Exzellenz als eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Staaten über die Wortlaute des Abkommens in deutscher, arabischer und französischer Sprache, die gleichermaßen verbindlich sind, zu betrachten. Diese Vereinbarung ist vom Tag des Inkrafttretens des genannten Abkommens vom 11. März 1996 an ab initio verbindlich.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Generalsekretär
Abdelmadjid Fasla

Seiner Exzellenz
dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Rudolf Steffen
Algier

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland Algier, den 17. Oktober 2000

L'Ambassadeur de la
République fédérale d'Allemagne Alger, le 17. Octobre 2000

Herr Generalsekretär,

ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note Nr. 02/144 vom 17. Mai 2000 zu bestätigen, mit der Sie unter Bezugnahme auf den Vertrag vom 11. März 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen den Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien vorschlagen. Ihre Note lautet in vereinbarter Fassung wie folgt:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Ich beehre mich, Ihnen das Einverständnis der Bundesrepublik Deutschland zu den in Ihrer Note enthaltenen Vorschlägen mitzuteilen. Ihre Note und diese Antwortnote bilden somit eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Staaten, die zusammen mit dem Abkommen vom 11. März 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hans Peter Schiff
Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

An den Generalsekretär
des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten
der Demokratischen Volksrepublik Algerien
Herr Abdelmadjid Fasla

Algier

Monsieur le Secrétaire général,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note n° 02/144 en date du 17 mai 2000 par laquelle, vous référant au Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République algérienne démocratique et populaire relatif à l'encouragement et à la protection réciproques des investissements, en date du 11 mars 1996, vous proposez de conclure un arrangement entre la République fédérale d'Allemagne et la République algérienne démocratique et populaire. Votre note est rédigée comme suit dans sa version convenue:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

J'ai l'honneur de vous faire savoir que la République fédérale d'Allemagne accepte les propositions contenues dans votre note. Votre note et la présente note de réponse constituent donc un arrangement entre nos deux États qui entre en vigueur en même temps que l'Accord du 11 mars 1996 entre la République fédérale d'Allemagne et la République algérienne démocratique et populaire relatif à l'encouragement et à la protection réciproques des investissements.

Veillez agréer, Monsieur le Secrétaire général, l'assurance de ma très haute considération.

Hans Peter Schiff
Ambassadeur de la
République fédérale d'Allemagne

Monsieur Abdelmadjid Fasla
Secrétaire général
du Ministère des Affaires étrangères
de la République algérienne démocratique et populaire

Algier

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 7. Februar 2000
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 19. Februar 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Colombo am 7. Februar 2000 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 19. Februar 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Müller

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Treaty
between the Federal Republic of Germany
and the Democratic Socialist Republic of Sri Lanka
concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, dass eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfasst der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Gesellschaftsanteile, -einlagen und -obligationen oder andere ähnliche Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben und im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche oder vertragliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des jeweiligen Vertragsstaats angelegt werden, lässt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

The Federal Republic of Germany

and

the Democratic Socialist Republic of Sri Lanka –

desiring to intensify economic co-operation between both States,

intending to create favourable conditions for investments by nationals and companies of either State in the territory of the other State,

recognizing that the encouragement and contractual protection of such investments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations –

have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this Treaty

1. the term “investments” comprises every kind of asset, in particular:
 - (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
 - (b) shares in and stock and debentures of companies and other kinds of similar interest in companies;
 - (c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value and associated with an investment;
 - (d) intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility-model patents, registered designs, trademarks, trade-names, trade and business secrets, technical processes, know-how, and good will;
 - (e) business concessions under public law or under contract, including concessions to search for, extract and exploit natural resources;

any alteration of the form in which assets are invested in accordance with the laws of the Contracting State concerned shall not affect their classification as investment;

2. the term “returns” means the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;

3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“

- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
- b) in Bezug auf die Republik Sri Lanka:
Personen, die nach dem Recht der Republik Sri Lanka Bürger der Republik Sri Lanka sind;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel ob ihre Tätigkeit auf Gewinn ausgerichtet ist oder nicht,
- b) in Bezug auf die Republik Sri Lanka:
Kapitalgesellschaften, Unternehmen oder Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die nach dem in irgendeinem Teil Sri Lankas geltenden Recht gegründet sind.

Artikel 2

(1) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften zulassen. Er wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Jeder Vertragsstaat wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jeder Vertragsstaat behandelt Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluss von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jeder Vertragsstaat behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als seine eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder Staatsangehörige oder Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die ein Vertragsstaat den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen seiner Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen seiner Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats genießen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder direkt oder indirekt anderen Maß-

3. the term “nationals” means

- (a) in respect of the Federal Republic of Germany:
Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany,
- (b) in respect of the Republic of Sri Lanka:
persons who are citizens of the Republic of Sri Lanka according to its laws;

4. the term “companies” means

- (a) in respect of the Federal Republic of Germany:
any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are directed at profit,
- (b) in respect of the Republic of Sri Lanka:
corporations, firms or associations incorporated or constituted under the law in force in any part of the Republic of Sri Lanka.

Article 2

(1) Each Contracting State shall in its territory promote as far as possible investments by nationals or companies of the other Contracting State and admit such investments in accordance with its legislation. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment.

(2) Neither Contracting State shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory of nationals or companies of the other Contracting State.

Article 3

(1) Neither Contracting State shall subject investments in its territory owned or controlled by nationals or companies of the other Contracting State to treatment less favourable than it accords to investments of its own nationals or companies or to investments of nationals or companies of any third State.

(2) Neither Contracting State shall subject nationals or companies of the other Contracting State, as regards their activities in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own nationals or companies or to nationals or companies of any third State.

(3) Such treatment shall not relate to privileges which either Contracting State accords to nationals or companies of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting State accords to nationals or companies of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting State shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting State.

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting State shall not be expropriated, nationalized or directly or indirectly subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the

nahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muss dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muss unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem marktüblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muss tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muss in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von diesem Vertragsstaat hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als seine eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jeder Vertragsstaat gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses aus der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet ein Vertragsstaat seinen Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so erkennt dieser andere Vertragsstaat, unbeschadet der Rechte des erstgenannten Vertragsstaats aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf den erstgenannten Vertragsstaat an. Ferner erkennt der andere Vertragsstaat den Eintritt des erstgenannten Vertragsstaats in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche der erstgenannte Vertragsstaat in demselben Umfang wie sein Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muss dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

territory of the other Contracting State except for the public interest and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual commercial bank interest until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Nationals or companies of either Contracting State whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting State owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting State than that which the latter Contracting State accords to its own nationals or companies as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Nationals or companies of either Contracting State shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting State in respect of the matters provided for in this Article.

Article 5

Each Contracting State shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting State the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) the returns;
- (c) the repayment of loans;
- (d) the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) the compensation provided for in Article 4.

Article 6

If either Contracting State makes a payment to any of its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting State, the latter Contracting State shall, without prejudice to the rights of the former Contracting State under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such national or company to the former Contracting State. The latter Contracting State shall also recognize the subrogation of the former Contracting State to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting State shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments made by virtue of such assigned claims, Article 4 (2) and (3) as well as Article 5 shall apply mutatis mutandis.

Article 7

(1) Transfers under Article 4 (2) or (3), under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the applicable rate of exchange.

(2) This rate of exchange shall correspond to the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jeder Vertragsstaat wird jede andere Verpflichtung einhalten, die er in Bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Angelegenheiten, die sich nach dem Inkrafttreten dieses Vertrags bei Kapitalanlagen ergeben, die Staatsangehörige oder Gesellschaften des einen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats in dessen Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch Konsultationen oder auf dem Verhandlungsweg von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, dass er die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann jedoch beschließen, dass ein Vertragsstaat einen höheren Kostenanteil zu tragen hat. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen einem der Vertragsstaaten und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft des anderen Vertragsstaats sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

Article 8

(1) If the legislation of either Contracting State or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting States in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by nationals or companies of the other Contracting State to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting State shall observe any other obligation it has assumed with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting State.

Article 9

This Treaty shall also apply to matters occurring after the entry into force of this Treaty of investments made prior to its entry into force by nationals or companies of either Contracting State in the territory of the other Contracting State consistent with the latter's legislation.

Article 10

(1) Divergencies between the Contracting States concerning the interpretation or application of this Treaty should as far as possible be settled through consultations or negotiations by the governments of the two Contracting States.

(2) If a divergency cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting State be submitted to an arbitration tribunal.

(3) Such arbitration tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting State shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the governments of the two Contracting States. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months from the date on which either Contracting State has informed the other Contracting State that it intends to submit the dispute to an arbitration tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting State may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting State or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting State or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting State should make the necessary appointments.

(5) The arbitration tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting State shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitration proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting States. The arbitration tribunal may, however, decide that one Contracting State should bear a higher proportion of the costs. In all other respects, the arbitration tribunal shall determine its own procedure.

Article 11

(1) Divergencies concerning investments between a Contracting State and a national or company of the other Contracting State should as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie, sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft des anderen Vertragsstaats einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat wird während des Verfahrens aufgrund des Übereinkommens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, dass der Staatsangehörige oder die Gesellschaft des anderen Vertragsstaats eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsstaaten diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Nach dem Inkrafttreten ersetzt dieser Vertrag den Vertrag vom 8. November 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ceylon über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht einer der beiden Vertragsstaaten den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit von einem der beiden Vertragsstaaten mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Colombo am 7. Februar 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
H. van Edig

Für die Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka
For the Democratic Socialist Republic of Sri Lanka
Lionel Fernando

(2) If the divergency cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall, unless the parties in dispute agree otherwise, be submitted at the request of the national or company of the other Contracting State for settlement under the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States.

(3) The award shall be binding and shall not be subject to any appeal or remedy other than those provided for in the said Convention. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(4) During proceedings under the Convention or the enforcement of an award, the Contracting State involved in the dispute shall not raise the objection that the national or company of the other Contracting State has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

Article 12

This Treaty shall be in force irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting States.

Article 13

The annexed Protocol is an integral part of this Treaty.

Article 14

(1) This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. Upon entry into force it shall replace the Treaty between the Federal Republic of Germany and Ceylon for the Promotion and Reciprocal Protection of Investments of November 8, 1963. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless terminated in writing by either Contracting State twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years this Treaty may be terminated at any time by either Contracting State giving twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, the provisions of Articles 1 to 13 shall continue to be effective for a further period of fifteen years from the date of termination of this Treaty.

Done at Colombo on 7 February 2000 in duplicate in the German and the English languages, both texts being equally authentic.

Protokoll
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Protocol
to the Treaty
between the Federal Republic of Germany
and the Democratic Socialist Republic of Sri Lanka
concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger eines Vertragsstaats jede Person, die einen von den zuständigen Behörden des betreffenden Vertragsstaats ausgestellten nationalen Reisepass besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht dem jeweiligen Vertragsstaat die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige Behandlung“ im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Fall von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Fall von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige Behandlung“ im Sinne des Artikels 3. Die Vertragsstaaten stellen jedoch fest, dass in Sri Lanka Gesetze und Rechtsvorschriften gelten, die bestimmte Anreize für Staatsangehörige und Gesellschaften vorsehen, die bestimmte wirtschaftliche Leistungen erbringen, wie z.B. die Ausfuhr oder Bereitstellung neuer Technologie. Derartige Anreize auf der Basis der Nichtdiskriminierung gelten nicht als eine „weniger günstige Behandlung“ im Sinne des Artikels 3.

On signing the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Democratic Socialist Republic of Sri Lanka concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments, the plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions of this Protocol, which is an integral part of the said Treaty:

(1) Ad Article 1

- (a) Returns from the investment and, in the event of their re-investment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.
- (b) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting State concerned shall be deemed to be a national of that State.

(2) Ad Article 2

- (a) Investments made, in accordance with the legislation of either Contracting State, within the territory of that Contracting State by nationals or companies of the other Contracting State shall enjoy the full protection of the Treaty.
- (b) The Treaty shall also apply to the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits the Contracting State concerned to exercise sovereign rights or jurisdiction in these areas.

(3) Ad Article 3

- (a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within the meaning of Article 3 (2): the management, maintenance, use and enjoyment of an investment. The following shall, in particular, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3: unequal treatment in the case of restrictions on the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, unequal treatment in the case of impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3. However, the Contracting States note that Sri Lanka has laws and regulations providing certain incentives to nationals and companies which meet certain economic performance criteria such as those which export or contribute new technology. Providing of such incentives on a non-discriminatory basis will not amount to "treatment less favourable" within the meaning of Article 3.

- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten einen Vertragsstaat nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das Gleiche gilt für Arbeitnehmer des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.
- d) Der Begriff „unter dem Einfluss“, wie er in Artikel 3 Absatz 1 verwendet wird, bedeutet volle Beteiligung an wesentlichen Entscheidungen der jeweiligen Gesellschaft, einschließlich der Ernennung von wichtigen Führungskräften, die einen tatsächlichen Einfluss auf die Kapitalanlage gewährleisten.
- (b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting State to extend to natural persons or companies resident in the territory of the other Contracting State tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to natural persons and companies resident in its territory.
- (c) The Contracting States shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting State who wish to enter the territory of the other Contracting State in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting State who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting State and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.
- (d) The word “controlled” used in Article 3 (1) means full participation in substantive decisions of the company concerned, including the appointment of key managerial personnel, thus having an effective influence on the investment.

(4) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(5)

Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, in das Hoheitsgebiet des jeweiligen Vertragsstaats wird ein Vertragsstaat die Transportunternehmen des anderen Vertragsstaats weder ausschalten noch behindern. Jeder Vertragsstaat wird, soweit erforderlich, die Erteilung von Genehmigungen zur Durchführung der Transporte in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen und Verfahren erleichtern. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

(4) Ad Article 7

A transfer shall be deemed to have been made “without delay” within the meaning of Article 7 (1) if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months.

(5)

Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported into each other's territory, each Contracting State shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting State. Each Contracting State shall further facilitate permits as required to carry out such transport in accordance with applicable laws and procedures. This shall include the transport of

- (a) goods directly intended for an investment within the meaning of the Treaty or acquired in the territory of either Contracting State or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of the Treaty are invested;
- (b) persons travelling in connection with an investment.

**Fünfte Verordnung
über die Inkraftsetzung von Änderungen
internationaler Vorschriften über den Umweltschutz im Seeverkehr*)
(Fünfte Inkraftsetzungsverordnung Umweltschutz-See)**

Vom 13. Februar 2002

Auf Grund

- des Artikels 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des MARPOL-Gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. September 1998 (BGBl. 1998 II S. 2546), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3762) geändert worden ist,
- des § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 4 und Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 des Seeaufgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. September 1998 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 23 des Gesetzes vom 15. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3762) geändert worden ist,
- des § 36 Abs. 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), das zuletzt durch Artikel 1 Nr. 5 Buchstabe b des Gesetzes vom 26. Januar 1998 (BGBl. I S. 156, 340) geändert worden ist,

verordnet das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Artikel 1

(1) Die durch den Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation in London durch

1. die EntschlieÙung MEPC.84(44) vom 13. März 2000 und
2. die EntschlieÙung MEPC.89(45) vom 5. Oktober 2000

angenommenen Änderungen der Anlage III Anhang „Richtlinien für die Bestimmung von Schadstoffen in verpackter Form“ und der Anlage V Regel 3 und 9 sowie Anhang „Muster eines Mülltagebuchs“ zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und dem Protokoll

*) Die Verpflichtungen aus der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften (ABl. EG Nr. L 204 S. 37), zuletzt geändert durch die Richtlinie 98/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juli 1998 (ABl. EG Nr. L 217 S. 18), sind beachtet worden.

von 1978 zu diesem Übereinkommen (BGBl. 1982 II S. 2; 1984 II S. 230), zuletzt geändert durch die EntschlieÙung MEPC.78(43) vom 1. Juli 1999 (BGBl. 2001 II S. 18), werden hiermit in Kraft gesetzt.

(2) Die EntschlieÙungen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung bekannt gemacht.

Artikel 2

§ 1 erster Halbsatz der Verordnung über Zuwiderhandlungen gegen das Internationale Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und gegen das Protokoll von 1978 zu diesem Übereinkommen in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1989 (BGBl. I S. 247), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3762) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„Diese Verordnung regelt die Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und gegen das Protokoll von 1978 zu diesem Übereinkommen (BGBl. 1982 II S. 2; 1984 II S. 230), zuletzt geändert durch die in London am 5. Oktober 2000 vom Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) angenommene EntschlieÙung MEPC. 89(45) (BGBl. 2002 II S. 304);“.

Artikel 3

(1) Artikel 1 Abs. 1 Nr. 1 dieser Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2002 in Kraft. Am selben Tag tritt die EntschlieÙung MEPC.84(44) vom 13. März 2000 in Kraft.

(2) Artikel 1 Abs. 1 Nr. 2 dieser Verordnung tritt am 1. März 2002 in Kraft. Am selben Tag tritt die EntschlieÙung MEPC.89(45) vom 5. Oktober 2000 in Kraft.

(3) Im Übrigen tritt diese Verordnung am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 13. Februar 2002

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Kurt Bodewig

EntschlieÙung MEPC.84(44)

angenommen am 13. März 2000

**Änderungen der Anlage des Protokolls von 1978
zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973
zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe**

(Änderungen des Anhangs der Anlage III von MARPOL 73/78)

Resolution MEPC.84(44)

Adopted on 13 March 2000

**Amendments to the Annex of the Protocol of 1978
Relating to the International Convention for the Prevention
of Pollution from Ships, 1973**

(Amendments to the Appendix to Annex III of MARPOL 73/78)

Résolution MEPC.84(44)

adoptée le 13 mars 2000

**Amendement à l'Annexe du Protocole de 1978
relatif à la Convention internationale de 1973
pour la prévention de la pollution par les navires**

(Amendement à l'appendice de l'Annexe III de MARPOL 73/78)

(Übersetzung)

The Marine Environment Protection Committee,

recalling article 38(a) of the Convention on the International Maritime Organization concerning the function of the Committee conferred upon it by international conventions for the prevention and control of marine pollution,

noting article 16 of the International Convention for the Prevention of Pollution from Ships, 1973 (hereinafter referred to as the "1973 Convention") and article VI of the Protocol of 1978 relating to the International Convention for the Prevention of Pollution from Ships, 1973 (hereinafter referred to as the "1978 Protocol") which together specify the amendment procedure of the 1978 Protocol and confer upon the appropriate body of the Organization the function of considering and adopting amendments to the 1973 Convention, as modified by the 1978 Protocol (MARPOL 73/78),

Le Comité de la protection du milieu marin,

rappelant l'article 38 a) de la Convention portant création de l'Organisation maritime internationale qui a trait aux fonctions conférées au Comité aux termes de conventions internationales visant à prévenir et à combattre la pollution des mers,

notant l'article 16 de la Convention internationale de 1973 pour la prévention de la pollution par les navires (ci-après dénommée la «Convention de 1973») et l'article VI du Protocole de 1978 relatif à la Convention internationale de 1973 pour la prévention de la pollution par les navires (ci-après dénommé le «Protocole de 1978»), lesquels énoncent ensemble la procédure d'amendement du Protocole de 1978 et confèrent à l'organe compétent de l'Organisation les fonctions ayant trait à l'examen et à l'adoption d'amendements à la Convention de 1973, telle que modifiée par le Protocole de 1978 (MARPOL 73/78),

Der Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt –

gestützt auf Artikel 38 Buchstabe a des Übereinkommens über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation betreffend die Aufgaben, die dem Ausschuss durch internationale Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung der Meeresverschmutzung übertragen werden;

im Hinblick auf Artikel 16 des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe (im Folgenden als „Übereinkommen von 1973“ bezeichnet) sowie Artikel VI des Protokolls von 1978 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe (im Folgenden als „Protokoll von 1978“ bezeichnet), in denen das Änderungsverfahren für das Protokoll von 1978 und dem zuständigen Gremium der Organisation die Aufgabe und Prüfung von Änderungen des Übereinkommens von 1973 in der durch das Protokoll von 1978 geänderten Fassung (MARPOL 73/78) sowie die Beschlussfassung darüber übertragen;

having considered the proposed amendments to the Appendix to Annex III of MARPOL 73/78,

1. adopts, in accordance with article 16(2) (d) of the 1973 Convention, the amendments to the Appendix to Annex III of MARPOL 73/78, the text of which is set out at Annex to the present resolution;
2. determines, in accordance with article 16(2)(f)(iii) of the 1973 Convention, that the amendments shall be deemed to have been accepted on 1 July 2001, unless prior to that date, not less than one-third of the Parties or the Parties the combined merchant fleets of which constitute not less than 50 per cent of the gross tonnage of the world's merchant fleet, have communicated to the Organization their objections to the amendments;
3. invites the Parties to note that, in accordance with article 16(2)(g)(ii) of the 1973 Convention, the amendments shall enter into force on 1 January 2002 upon their acceptance in accordance with paragraph 2 above;
4. requests the Secretary-General, in conformity with article 16(2)(e) of the 1973 Convention, to transmit to all Parties to MARPOL 73/78 certified copies of the present resolution and the text of the amendments contained in the Annex; and
5. requests further the Secretary-General to transmit to the Members of the Organization which are not Parties to MARPOL 73/78 copies of the resolution and its Annex.

ayant examiné la proposition d'amendement à l'appendice de l'Annexe III de MARPOL 73/78,

1. adopte, conformément à l'article 16 2) d) de la Convention de 1973, l'amendement à l'appendice de l'Annexe III de MARPOL 73/78 dont le texte figure en annexe à la présente résolution;
2. décide, conformément à l'article 16 2) f) iii) de la Convention de 1973, que cet amendement sera réputé avoir été accepté le 1^{er} juillet 2001 à moins que, avant cette date, une objection à cet amendement n'ait été communiquée à l'Organisation par un tiers au moins des Parties ou par des Parties dont les flottes marchandes représentent au total au moins 50 % du tonnage brut de la flotte mondiale des navires de commerce;
3. invite les Parties à noter que, en application de l'article 16 2) g) ii) de la Convention de 1973, l'amendement entrera en vigueur le 1^{er} janvier 2002, après avoir été accepté conformément à la procédure décrite au paragraphe 2 ci-dessus;
4. prie le Secrétaire général, conformément à l'article 16 2) e) de la Convention de 1973, de communiquer à toutes les Parties à MARPOL 73/78 des copies certifiées conformes de la présente résolution et du texte de l'amendement qui y est annexé; et
5. prie en outre le Secrétaire général de communiquer des exemplaires de la résolution et de son annexe aux Membres de l'Organisation qui ne sont pas Parties à MARPOL 73/78.

nach Prüfung der vorgeschlagenen Änderungen des Anhangs der Anlage III von MARPOL 73/78 –

1. beschließt nach Artikel 16 Abs. 2 Buchstabe d des Übereinkommens von 1973 die Änderungen des Anhangs der Anlage III von MARPOL 73/78, deren Wortlaut in der Anlage dieser Entschließung wiedergegeben ist;
2. bestimmt nach Artikel 16 Abs. 2 Buchstabe f Ziffer iii des Übereinkommens von 1973, dass die Änderungen als am 1. Juli 2001 als angenommen gelten, sofern nicht vor diesem Zeitpunkt mindestens ein Drittel der Vertragsparteien oder aber Vertragsparteien, deren Handelsflotte insgesamt mindestens 50 vom Hundert des Bruttoreumgehalts der Welthandelsflotte ausmachen, der Organisation ihren Einspruch gegen die Änderungen übermittelt haben;
3. fordert die Vertragsparteien auf, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Änderungen nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe g Ziffer ii des Übereinkommens von 1973 nach ihrer Annahme gemäß Nummer 2 dieser Entschließung am 1. Januar 2002 in Kraft treten;
4. ersucht der Generalsekretär, nach Artikel 16 Abs. 2 Buchstabe e des Übereinkommens von 1973 allen Vertragsparteien von MARPOL 73/78 beglaubigte Abschriften der Entschließung und des Wortlauts der in der Anlage enthaltenen Änderungen zuzuleiten;
5. ersucht der Generalsekretär ferner, den Mitgliedern der Organisation, die nicht Vertragsparteien von MARPOL 73/78 sind, Abschriften der Entschließung und ihrer Anlage zuzuleiten.

Anlage

Änderungen des Anhangs zu Anlage III von MARPOL 73/78

Annex

Amendments to the Appendix to Annex III of MARPOL 73/78

Annexe

Amendement à l'appendice de l'Annexe III of MARPOL 73/78

The clause “– liable to produce tainting of seafood (Hazard Rating “T” in column A*); or” is deleted from the Appendix to Annex III of MARPOL 73/78.

L’alinéa «– substances qui sont susceptibles d’altérer les aliments d’origine marine (degré de risque «T» dans la colonne A*); ou» est retiré du texte de l’appendice de l’Annexe III de MARPOL 73/78.

Das Kriterium „– sie können zu Geschmacksveränderungen von Meeresschmacksfrüchten führen (Gefahrenkategorie „T“ in Spalte A*) oder“ ist aus dem Anhang zur Anlage III von MARPOL 73/78 zu streichen.

Entschließung MEPC.89(45)
angenommen am 5. Oktober 2000

**Änderungen der Anlage des Protokolls von 1978
zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973
zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe**

(Änderungen der Anlage V zu MARPOL 73/78)

Resolution MEPC.89(45)
Adopted on 5 October 2000

**Amendments to the Annex of the Protocol of 1978
Relating to the International Convention for the Prevention
of Pollution from Ships, 1973**

(Amendments to Annex V of MARPOL 73/78)

Résolution MEPC.89(45)
adoptée le 5 octobre 2000

**Amendements à l'Annexe du Protocole de 1978
relatif à la Convention internationale de 1973
pour la prévention de la pollution par les navires**

(Amendements à l'Annexe V de MARPOL 73/78)

(Übersetzung)

The Marine Environment Protection Committee,

recalling article 38(a) of the Convention on the International Maritime Organization concerning the function of the Committee conferred upon it by international conventions for the prevention and control of marine pollution,

noting article 16 of the International Convention for the Prevention of Pollution from Ships, 1973 (hereinafter referred to as the "1973 Convention") and article VI of the Protocol of 1978 relating to the International Convention for the Prevention of Pollution from Ships, 1973, (hereinafter referred to as the "1978 Protocol") which together specify the amendment procedure of the 1978 Protocol and confer upon the appropriate body of the Organization the function of considering and adopting amendments to the 1973 Convention, as modified by the 1978 Protocol (MARPOL 73/78),

Le Comité de la protection du milieu marin,

rappelant l'article 38 a) de la Convention portant création de l'Organisation maritime internationale qui a trait aux fonctions conférées au Comité aux termes de conventions internationales visant à prévenir et à combattre la pollution des mers,

notant l'article 16 de la Convention internationale de 1973 pour la prévention de la pollution par les navires (ci-après dénommée la «Convention de 1973») et l'article VI du Protocole de 1978 relatif à la Convention internationale de 1973 pour la prévention de la pollution par les navires (ci-après dénommé le «Protocole de 1978»), lesquels spécifient la procédure d'amendement du Protocole de 1978 et confèrent à l'organe compétent de l'Organisation les fonctions ayant trait à l'examen et à l'adoption d'amendements à la Convention de 1973, telle que modifiée par le Protocole de 1978 (MARPOL 73/78),

Der Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt –

gestützt auf Artikel 38 Buchstabe a des Übereinkommens über die Internationale Seeschifffahrts-Organisation betreffend die Aufgaben, die dem Ausschuss durch Internationale Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung der Meeresverschmutzung übertragen wurden;

im Hinblick auf Artikel 16 des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe (im Folgenden als „Übereinkommen von 1973“ bezeichnet) sowie auf Artikel VI des Protokolls von 1978 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe (im Folgenden als „Protokoll von 1978“ bezeichnet), in denen das Änderungsverfahren für das Protokoll von 1978 festgelegt und dem zuständigen Gremium der Organisation die Aufgabe der Prüfung von Änderungen des Übereinkommens von 1973 in der durch das Protokoll von 1978 geänderten Fassung (MARPOL 73/78) sowie die Beschlussfassung darüber übertragen wird;

noting also resolution MEPC.87(44) by which the Committee agreed on the use of Spanish under IMO conventions relating to pollution prevention,

having considered the proposed amendments to Annex V of MARPOL 73/78, which were approved by the forty-fourth session of the Committee and circulated in accordance with article 16(2) (a) of the 1973 Convention,

1. adopts, in accordance with article 16 (2)(d) of the 1973 Convention, the amendments to Annex V of MARPOL 73/78, the text of which is set out at Annex to the present resolution;
2. determines, in accordance with article 16(2)(f)(iii) of the 1973 Convention, that the amendments shall be deemed to have been accepted on 1 September 2001, unless prior to the date, not less than one-third of the Parties or the Parties combined merchant fleets of which constitute not less than 50 per cent of the gross tonnage of the world's merchant fleet, have communicated to the Organization their objections to the amendments;
3. invites the Parties to note that, in accordance with article 16(2)(g)(ii) of the 1973 Convention, the amendments shall enter into force on 1 March 2002 upon their acceptance in accordance with paragraph 2 above;
4. requests the Secretary-General, in conformity with article 16(2)(e) of the 1973 Convention, to transmit to all Parties to MARPOL 73/78 certified copies of the present resolution and the text of the amendments contained in the Annex; and
5. requests further the Secretary-General to transmit to the Members of the Organization which are not Parties to MARPOL 73/78 copies of the resolution and its Annex.

notant également la résolution MEPC.87(44) par laquelle il a approuvé l'utilisation de l'espagnol en vertu des conventions de l'OMI relatives à la prévention de la pollution,

ayant examiné les propositions d'amendements à l'Annexe V de MARPOL 73/78, qui ont été approuvées à sa quarante-quatrième session et qui ont été diffusées conformément aux dispositions de l'article 16 2) a) de la Convention de 1973,

1. adopte, conformément à l'article 16 2) d) de la Convention de 1973, les amendements à l'Annexe V de MARPOL 73/78 dont le texte figure en annexe à la présente résolution;
2. décide, conformément à l'article 16 2) f) iii) de la Convention de 1973, que ces amendements seront réputés avoir été acceptés le 1^{er} septembre 2001 à moins que, avant cette date, une objection à ces amendements n'ait été communiquée à l'Organisation par un tiers au moins des Parties ou par des Parties dont les flottes marchandes représentent au total au moins 50 % du tonnage brut de la flotte mondiale des navires de commerce;
3. invite les Parties à noter que, en application de l'article 16 2) g) ii) de la Convention de 1973, les amendements entreront en vigueur le 1^{er} mars 2002, après avoir été acceptés conformément à la procédure décrite au paragraphe 2 ci-dessus;
4. prie le Secrétaire général, conformément à l'article 16 2) e) de la Convention de 1973, de communiquer à toutes les Parties à MARPOL 73/78 des copies certifiées conformes de la présente résolution et du texte des amendements qui y est annexé; et
5. prie en outre le Secrétaire général de communiquer des exemplaires de la résolution et de son annexe aux Membres de l'Organisation qui ne sont pas Parties à MARPOL 73/78.

ferner im Hinblick auf EntschlieÙung MEPC.87(44), mit der der Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt dem Gebrauch der spanischen Sprache im Zusammenhang mit IMO-Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung zugestimmt hat;

nach Prüfung der vorgeschlagenen Änderungen der Anlage V zu MARPOL 73/78, die anlässlich der vierundvierzigsten Sitzung des Ausschusses für den Schutz der Meeresumwelt in Übereinstimmung mit Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens von 1973 weitergeleitet wurden;

1. beschließt nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe d des Übereinkommens von 1973 die Änderungen der Anlage V zu MARPOL 73/78, deren Wortlaut in der Anlage dieser EntschlieÙung wiedergegeben ist;
2. bestimmt nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe f Ziffer iii des Übereinkommens von 1973, dass die Änderungen als am 1. September 2001 angenommen gelten, sofern nicht vor diesem Zeitpunkt mindestens ein Drittel der Vertragsparteien oder aber Vertragsparteien, deren Handelsflotten insgesamt mindestens 50 vom Hundert des Bruttoreumgehalts der Welthandelsflotte ausmachen, der Organisation ihren Einspruch gegen die Änderungen übermittelt haben;
3. fordert die Vertragsparteien auf, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Änderungen nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe g Ziffer ii des Übereinkommens von 1973 nach ihrer Annahme gemäß Nummer 2 dieser EntschlieÙung am 1. März 2002 in Kraft treten;
4. ersucht den Generalsekretär, nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe e des Übereinkommens von 1973 allen Vertragsparteien des MARPOL 73/78 beglaubigte Abschriften dieser EntschlieÙung und des Wortlauts der in der Anlage enthaltenen Änderungen zuzuleiten;
5. ersucht den Generalsekretär ferner, den Mitgliedern der Organisation, die nicht Vertragsparteien des MARPOL 73/78 sind, Abschriften der EntschlieÙung und ihrer Anlage zuzuleiten.

Annex**Amendments to Annex V of MARPOL 73/78**

1. The existing paragraph (2) of regulation 1 is replaced by the following:

“Nearest land”. The term “from the nearest land” means from the baseline from which the territorial sea of the territory in question is established in accordance with international law, except that, for the purposes of the present Convention “from nearest land” off the north-eastern coast of Australia shall mean from a line drawn from a point on the coast of Australia in latitude 11°00’ S, longitude 142°08’ E

to a point in latitude 10°35’ S, longitude 141°55’ E,
thence to a point latitude 10°00’ S, longitude 142°00’ E,
thence to a point latitude 9°10’ S, longitude 143°52’ E,
thence to a point latitude 9°00’ S, longitude 144°30’ E,
thence to a point latitude 10°41’ S, longitude 145°00’ E,
thence to a point latitude 13°00’ S, longitude 145°00’ E,
thence to a point latitude 15°00’ S, longitude 146°00’ E,
thence to a point latitude 17°30’ S, longitude 147°00’ E,
thence to a point latitude 21°00’ S, longitude 152°55’ E,
thence to a point latitude 24°30’ S, longitude 154°00’ E,
thence to a point on the coast of Australia in latitude 24°42’ S, longitude 153°15’ E
2. The existing paragraph (1)(a) of regulation 3 is replaced by the following:

“the disposal into the sea of all plastics, including but not limited to synthetic ropes, synthetic fishing nets, plastic garbage bags and incinerator ashes from plastic products which may contain toxic or heavy metal residues, is prohibited.”
3. The existing paragraph (2)(a)(i) of regulation 5 is replaced by the following:

“all plastics, including but not limited to synthetic ropes, synthetic fishing nets, plastic garbage bags and incinerator ashes from plastic products which may contain toxic or heavy metal residues; and”
4. The existing paragraph (1)(b) of regulation 9 is replaced by the following:

“The placards shall be written in the working language of the ship’s personnel and, for ships engaged in voyages to ports or offshore terminals under the jurisdiction of other Parties to the Convention, shall also be in English, French or Spanish.”
5. The existing paragraph (3)(a) of regulation 9 is replaced by the following:

“Each discharge operation, or completed incineration, shall be recorded in the Garbage Record Book and signed for on the date of the incineration or discharge by the officer in charge. Each completed page of the Garbage Record Book shall be signed by the master of the ship. The entries in the Garbage Record Book shall be at least in English, French or Spanish. Where the entries are also made in an official language of the State whose flag the ship is entitled to fly are also used, these entries shall prevail in case of a dispute or discrepancy;”

6. The existing Record of Garbage Discharges contained in the appendix is replaced by the following:

„Record of garbage discharges

Ship's name: _____ Distinctive No, or letters: _____ IMO No: _____

Garbage categories:

1. Plastic
2. Floating dunnage, lining or packing materials
3. Ground paper products, rags, glass, metal, bottles, crockery, etc.
4. Paper products, rages, glass, metal, bottles, crockery, etc.
5. Food waste
6. Incinerator ash except from plastic products which may contain toxic or heavy metal residues

Note: The discharge of any garbage other than food waste is prohibited in special areas. Only garbage discharged into the sea must be categorized. Garbage other than category 1 discharged to reception facilities need only be listed as a total estimated amount.

Date/ time	Position of the ship	Estimated amount discharged into sea (m ³)						Estimated amount discharged to reception facilities or to other ship (m ³)		Estimated amount in- cinerated (m ³)	Certification/ Signature
		Cat. 2	Cat. 3	Cat. 4	Cat. 5	Cat. 6	Cat. 1	Other			

Master's signature: _____ Date: _____".

Annexe**Amendements à l'Annexe V de MARPOL 73/78**

- 1 Le texte actuel du paragraphe 2) de la règle 1 est remplacé par ce qui suit:

«A partir de la terre la plus proche» signifie à partir de la ligne de base qui sert à déterminer la mer territoriale du territoire en question conformément au droit international; toutefois, aux fins de la présente Convention, l'expression «à partir de la terre la plus proche» de la côte nord-est de l'Australie signifie à partir d'une ligne reliant le point de latitude 11°00' S et de longitude 142°08' E sur la côte de l'Australie et le point de latitude 10°35' S et de longitude 141°55' E puis les points suivants:

latitude 10°00' S et longitude 142°00' E
latitude 9°10' S et longitude 143°52' E
latitude 9°00' S et longitude 144°30' E
latitude 10°41' S et longitude 145°00' E
latitude 13°00' S et longitude 145°00' E
latitude 15°00' S et longitude 146°00' E
latitude 17°30' S et longitude 147°00' E
latitude 21°00' S et longitude 152°55' E
latitude 24°30' S et longitude 154°00' E

et enfin le point de latitude 24°42' S et de longitude 153°15' E sur la côte australienne.
- 2 Le texte actuel du paragraphe 1) de la règle 3 est remplacé par ce qui suit:

«l'évacuation dans la mer de tous les objets en matière plastique, y compris notamment les cordages et les filets de pêche en fibre synthétique ainsi que les sacs à ordures en matière plastique et les cendres de matières plastiques incinérées qui peuvent contenir des métaux lourds ou d'autres résidus toxiques, est interdite.»
- 3 Le texte actuel du paragraphe 2) a) i) de la règle 5 est remplacé par ce qui suit:

«tous les objets en matière plastique, y compris notamment les cordages et les filets de pêche en fibre synthétique ainsi que les sacs à ordures en matière plastique et les cendres de matières plastiques incinérées qui peuvent contenir des métaux lourds ou d'autres résidus toxiques;»
- 4 Le texte actuel du paragraphe 1) b) de la règle 9 est remplacé par ce qui suit:

«Ces affiches doivent être rédigées dans la langue de travail du personnel du navire et également, dans le cas des navires qui effectuent des voyages à destination de ports ou de terminaux au large relevant de la juridiction d'autres Parties à la Convention, en anglais, en espagnol ou en français.»
- 5 Le texte actuel du paragraphe 3) a) de la règle 9 est remplacé par ce qui suit:

«chaque opération de rejet ou chaque incinération, lorsqu'elle est terminée, est consignée dans le registre des ordures et la mention correspondante est signée, le jour de l'incinération ou du rejet, par la personne responsable. Chaque page remplie est signée par le capitaine du navire. Les mentions sont écrites au moins en anglais, en espagnol ou en français. En cas de différend ou de divergence, les mentions qui sont également écrites dans une langue officielle de l'État dont le navire est autorisé à battre le pavillon font foi.»

6 Le registre des ordures qui fait l'objet de l'appendice est remplacé par ce qui suit:

«Fiche des rejets d'ordures

Nom du navire: _____ Numéro ou lettres distinctifs: _____ No OMI: _____

Catégories d'ordures:

1. Matières plastiques
2. Fardage et matériaux de revêtement ou d'emballages flottants
3. Papier, chiffons, verre, métaux, bouteilles, vaisselle, etc., concassés
4. Papier, chiffons, verre, métaux, bouteilles, vaisselle, etc., non concassés
5. Déchets alimentaires
6. Cendres provenant d'incinérateurs, à l'exclusion des objets en matière plastique qui peuvent contenir des résidus de métaux lourds ou des résidus toxiques

Note: Les rejets d'ordures autres que les déchets alimentaires sont interdits dans les zones spéciales. Seules les ordures rejetées dans la mer doivent être répertoriées. Pour les ordures autres que celles de la catégorie 1 qui sont rejetées dans des installations, il suffit d'en indiquer la quantité totale estimée.

Date/ heure	Position du navire	Quantité estimée rejetée dans la mer (m ³)					Quantité estimée rejetée dans des installations de réception ou transférée sur un autre navire (m ³)		Quantité estimée incinérée (m ³)	Attestation/ Signature
		Cat. 2	Cat. 3	Cat. 4	Cat. 5	Cat. 6	Cat. 1	Autres ordures		

Signature du capitaine: _____ Date: _____».

Anlage**Änderungen der Anlage V zu MARPOL 73/78**

1. Absatz 2 in Regel 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Nächstgelegenes Land“: Der Ausdruck „vom nächstgelegenen Land“ bedeutet von der Basislinie aus, von der aus das Küstenmeer des betreffenden Hoheitsgebiets nach dem Völkerrecht bestimmt wird, jedoch mit der Maßgabe, dass für die Zwecke dieses Übereinkommens der Ausdruck „vom nächstgelegenen Land“ vor der Nordostküste Australiens bedeutet: von einer Linie aus, die von einem Punkt an der australischen Küste auf 11°00' südlicher Breite, 142°08' östlicher Länge zu einem Punkt auf 10°35' südlicher Breite, 141°55' östlicher Länge gezogen ist,
von dort aus zu einem Punkt auf 10°00' südlicher Breite, 142°00' östlicher Länge,
von dort aus zu einem Punkt auf 9°10' südlicher Breite, 143°52' östlicher Länge,
von dort aus zu einem Punkt auf 9°00' südlicher Breite, 144°30' östlicher Länge,
von dort aus zu einem Punkt auf 10°41' südlicher Breite, 145°00' östlicher Länge,
von dort aus zu einem Punkt auf 13°00' südlicher Breite, 145°00' östlicher Länge
von dort aus zu einem Punkt auf 15°00' südlicher Breite, 146°00' östlicher Länge,
von dort aus zu einem Punkt auf 17°30' südlicher Breite, 147°00' östlicher Länge,
von dort aus zu einem Punkt auf 21°00' südlicher Breite, 152°55' östlicher Länge,
von dort aus zu einem Punkt auf 24°30' südlicher Breite, 154°00' östlicher Länge,
von dort aus zu einem Punkt an der australischen Küste auf 24°42' südlicher Breite, 153°15' östlicher Länge.“
2. Der bisherige Wortlaut von Absatz 1 Buchstabe a in Regel 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„a) ist die Beseitigung aller Kunststoffgegenstände wie zum Beispiel synthetischer Seile, synthetischer Fischnetze, Kunststoffmülltüten sowie Asche aus Verbrennungsvorgängen mit Kunststoffgegenständen, die Gift- oder Schwermetallrückstände enthalten können, ins Meer verboten.“
3. Der bisherige Wortlaut von Absatz 2 Buchstabe a Ziffer i in Regel 5 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„i) alle Kunststoffgegenstände wie zum Beispiel synthetische Seile, synthetische Fischnetze, Kunststoffmülltüten sowie Asche aus Verbrennungsvorgängen mit Kunststoffgegenständen, die Gift- oder Schwermetallrückstände enthalten können, und“.
4. Der bisherige Wortlaut von Absatz 1 Buchstabe b in Regel 9 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„b) Die Aushänge müssen in der Arbeitssprache der Schiffsbesatzung abgefasst sein, sowie auch in englischer, französischer oder spanischer Sprache bei Schiffen, die auf Reisen zu Häfen oder vor der Küste gelegenen Umschlagplätzen im Hoheitsgebiet anderer Vertragsparteien des Übereinkommens eingesetzt werden.“
5. Der bisherige Wortlaut von Absatz 3 Buchstabe a in Regel 9 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„a) jedes Einleiten oder jeder abgeschlossene Verbrennungsvorgang sind im Mülltagebuch einzutragen und am Tag der Verbrennung oder des Einleitens von dem verantwortlichen Offizier zu unterschreiben. Jede vollständig ausgefüllte Seite des Mülltagebuchs ist vom Kapitän des Schiffes abzuzeichnen. Die Einträge in das Mülltagebuch erfolgen zumindest in englischer, französischer oder spanischer Sprache. Werden Eintragungen auch in einer Amtssprache des Staates, dessen Flagge das Schiff zu führen berechtigt ist, vorgenommen, sind diese im Fall einer Streitigkeit oder Unstimmigkeit maßgebend.“

6. Die bisherige Form der Aufzeichnungen über das Einleiten von Müll im Anhang wird durch folgende Fassung ersetzt:

„Aufzeichnungen über das Einleiten von Müll

Name des Schiffes: _____ Unterscheidungssignal: _____ IMO-Nummer: _____

Müllgruppen:

1. Kunststoffe
2. Stauholz, Schalungs- oder Verpackungsmaterial, schwimmfähig
3. Papiererzeugnisse, Lumpen, Glas, Metall, Flaschen, Steingut usw., fein gemahlen
4. Papiererzeugnisse, Lumpen, Glas, Metall, Flaschen, Steingut usw., nicht fein gemahlen
5. Speiseabfälle
6. Asche aus der Verbrennungsanlage, ausgenommen Asche von Kunststoffgegenständen, die Gift- oder Schwermetallrückstände enthalten können

Achtung: Das Einleiten von anderem Müll als Speiseabfällen ist in Sondergebieten verboten. Nur ins Meer eingeleiteter Müll muss nach Gruppen unterteilt werden. Bei Müll anderer Gruppen als der Gruppe 1, der an Auffanganlagen abgegeben wird, braucht nur die geschätzte Gesamtmenge angegeben zu werden.

Datum/ Uhrzeit	Schiffs- position	Geschätzte Menge des ins Meer eingeleiteten Mülls (m ³)					Geschätzte Menge des an Auffang- anlagen oder an ein anderes Schiff abge- gebenen Mülls (m ³)		Geschätzte Menge des verbrannten Mülls (m ³)	Bestätigung/ Unterschrift
		Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4	Gruppe 5	Gruppe 6	Gruppe 1	Sonstiger Müll		

Unterschrift des Kapitäns: _____ Datum: _____“.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
über die Europäische Konferenz der Verkehrsminister**

Vom 14. Januar 2002

Das Protokoll vom 17. Oktober 1953 über die Europäische Konferenz der Verkehrsminister (BGBl. 1971 II S. 1290) ist nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für

Albanien am 15. November 2001
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. Oktober 2000 (BGBl. II S. 1358).

Berlin, den 14. Januar 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht**

Vom 14. Januar 2002

Das Übereinkommen vom 22. März 1985 zum Schutz der Ozonschicht (BGBl. 1988 II S. 901) ist nach seinem Artikel 17 Abs. 3 für

Burundi	am	6. April 1997
Kambodscha	am	25. September 2001
Kap Verde	am	29. Oktober 2001
Palau	am	27. August 2001
Ruanda	am	9. Januar 2002
Sierra Leone	am	27. November 2001
Somalia	am	30. Oktober 2001

in Kraft getreten; es wird in Kraft treten für

Nauru	am	10. Februar 2002
São Tomé und Príncipe	am	17. Februar 2002.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 18. April 2001 (BGBl. II S. 576).

Berlin, den 14. Januar 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Montrealer Protokolls
über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen,
und der Änderungen von 1990, 1992 und 1997 hierzu**

Vom 14. Januar 2002

I.

Das Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (BGBl. 1988 II S. 1014), ist nach seinem Artikel 16 Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Burundi	am	6. April 1997
Kambodscha	am	25. September 2001
Kap Verde	am	29. Oktober 2001
Palau	am	27. August 2001
Ruanda	am	9. Januar 2002
Sierra Leone	am	27. November 2001
Somalia	am	30. Oktober 2001.

Das Protokoll wird ferner in Kraft treten für

Nauru	am	10. Februar 2002
São Tomé und Príncipe	am	17. Februar 2002.

II.

Die Änderung vom 29. Juni 1990 des Montrealer Protokolls (BGBl. 1991 II S. 1331) ist nach ihrem Artikel 2 Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Kap Verde	am	29. Oktober 2001
Kasachstan	am	24. Oktober 2001
Libysch-Arabische Dschamahirija	am	10. Oktober 2001
Moldau, Republik	am	23. September 2001
Nigeria	am	26. Dezember 2001
Palau	am	27. August 2001
Samoa	am	2. Januar 2002
Sierra Leone	am	27. November 2001
Somalia	am	30. Oktober 2001
Tschad	am	28. August 2001.

Die Änderung wird ferner in Kraft treten für

Burundi	am	16. Januar 2002
Dominikanische Republik	am	24. März 2002
Mikronesien, Föderierte Staaten von	am	25. Februar 2002
São Tomé und Príncipe	am	17. Februar 2002
Sudan	am	2. April 2002.

III.

Die Änderung vom 25. November 1992 des Montrealer Protokolls (BGBl. 1993 II S. 2182) ist nach ihrem Artikel 3 Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Ghana	am	8. Juli 2001
Kap Verde	am	29. Oktober 2001
Malediven	am	26. Dezember 2001
Moldau, Republik	am	23. September 2001
Nigeria	am	26. Dezember 2001
Palau	am	27. August 2001

Philippinen	am	13. September 2001
Samoa	am	2. Januar 2002
Sierra Leone	am	27. November 2001
Somalia	am	30. Oktober 2001
Tschad	am	28. August 2001.
Die Änderung wird ferner in Kraft treten für		
Burundi	am	16. Januar 2002
Dominikanische Republik	am	24. März 2002
Kongo	am	17. Januar 2002
Mikronesien, Föderierte Staaten von	am	25. Februar 2002
São Tomé und Príncipe	am	17. Februar 2002
Sudan	am	2. April 2002.

IV.

Die Änderung vom 17. September 1997 des Montrealer Protokolls (BGBl. 1998 II S. 2690) ist nach ihrem Artikel 3 Abs. 3 in Kraft getreten für

Bangladesch	am	25. Oktober 2001
Finnland	am	16. September 2001
Kap Verde	am	29. Oktober 2001
Malediven	am	26. Dezember 2001
Monaco	am	24. Oktober 2001
Nigeria	am	26. Dezember 2001
Palau	am	27. August 2001
Rumänien	am	19. August 2001
Samoa	am	2. Januar 2002
Sierra Leone	am	27. November 2001
Somalia	am	30. Oktober 2001
Vereinigtes Königreich	am	10. Januar 2002.
Die Änderung wird ferner in Kraft treten für		
Burundi	am	16. Januar 2002
Iran, Islamische Republik	am	15. Januar 2002
Kongo	am	17. Januar 2002
Korea, Demokratische Volksrepublik	am	13. März 2002
Malaysia	am	24. Januar 2002
Mikronesien, Föderierte Staaten von	am	25. Februar 2002
São Tomé und Príncipe	am	17. Februar 2002
Togo	am	24. Februar 2002.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 18. April 2001 (BGBl. II S. 535).

Berlin, den 14. Januar 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-luxemburgischen Abkommens
über Zusammenarbeit im Bereich der Insolvenz-
sicherung betrieblicher Altersversorgung**

Vom 14. Januar 2002

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 10. Dezember 2001 zu dem Abkommen vom 22. September 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über Zusammenarbeit im Bereich der Insolvenz-
sicherung betrieblicher Altersversorgung (BGBl. 2001 II S. 1258) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 11 Abs. 2

am 1. Januar 2002

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden wurden in Luxemburg am 27. Dezember 2001 ausgetauscht.

Berlin, den 14. Januar 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens der Vereinten Nationen
zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung
schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika**

Vom 14. Januar 2002

Das in Paris am 14. Oktober 1994 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (BGBl. 1997 II S. 1468), ist nach seinem Artikel 36 Abs. 2 für

Weißrussland am 27. November 2001

in Kraft getreten; es wird ferner in Kraft treten für

Polen am 12. Februar 2002

Slowakei am 7. April 2002.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. August 2001 (BGBl. 2001 II S. 930).

Berlin, den 14. Januar 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-maltesischen Abkommens
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie über das Außerkrafttreten
des früheren Abkommens vom 17. September 1974**

Vom 14. Januar 2002

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 13. Dezember 2001 zu dem Abkommen vom 8. März 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malta zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (BGBl. 2001 II S. 1297) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 31 Abs. 2

am 27. Dezember 2001

in Kraft getreten und in beiden Vertragsstaaten wie folgt anzuwenden ist:

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Veranlagungszeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden sind in Valletta am 27. Dezember 2001 ausgetauscht worden.

Nach Artikel 31 Abs. 3 dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 17. September 1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malta zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (BGBl. 1976 II S. 109, 1675) zu dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem die Bestimmungen dieses Abkommens wirksam werden.

Berlin, den 14. Januar 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über Geldwäsche sowie Ermittlung,
Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten**

Vom 14. Januar 2002

I.

Das Übereinkommen vom 8. November 1990 über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (BGBl. 1998 II S. 519) ist nach seinem Artikel 36 Abs. 4 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Russische Föderation am 1. Dezember 2001
nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalte und der Erklärung:

(Übersetzung)

Reservations

„In accordance with Article 14, paragraph 3, of the Convention, the Russian Federation declares that Article 14, paragraph 2, of the Convention shall apply only subject to its constitutional principles and the basic concepts of its legal system.

In accordance with Article 21, paragraph 2, of the Convention, the Russian Federation declares that the service of judicial documents should be effected through the Ministry of Justice of the Russian Federation.

In accordance with Article 25, paragraph 3, of the Convention, the Russian Federation declares that it reserves the right to require that requests made to it and documents supporting such requests be accompanied by a translation into Russian or English.”

Declaration

„In accordance with Article 23, paragraph 2, of the Convention, the Russian Federation declares that the central authorities of the Russian Federation, designated in pursuance of Article 23, paragraph 1, of the Convention are as follows:

- the Ministry of Justice of the Russian Federation (Vorontsovo pole 4, 109830, Moscow, Russian Federation) for civil law issues, including civil law aspects of criminal cases; and
- the Office of the Prosecutor General of the Russian Federation (ul. Bolshaya Dmitrovka, 15a, 103793, Moscow, Russian Federation) for criminal law issues.”

Vorbehalte

„Nach Artikel 14 Absatz 3 des Übereinkommens erklärt die Russische Föderation, dass Artikel 14 Absatz 2 des Übereinkommens nur vorbehaltlich ihrer Verfassungsgrundsätze und der Grundzüge ihrer Rechtsordnung angewandt wird.

Nach Artikel 21 Absatz 2 des Übereinkommens erklärt die Russische Föderation, dass die Zustellung gerichtlicher Schriftstücke durch das Ministerium der Justiz der Russischen Föderation bewirkt werden soll.

Nach Artikel 25 Absatz 3 des Übereinkommens erklärt die Russische Föderation, dass sie sich das Recht vorbehält, zu verlangen, dass die Ersuchen und beigefügten Schriftstücke mit einer Übersetzung in die russische oder englische Sprache übermittelt werden.“

Erklärung

„Nach Artikel 23 Absatz 2 des Übereinkommens erklärt die Russische Föderation, dass die nach Artikel 23 Absatz 1 bestimmten Zentralen Behörden in der Russischen Föderation folgende sind:

- das Ministerium der Justiz der Russischen Föderation (Woronzowo pole 4, 109830 Moskau, Russische Föderation) für Fragen des Zivilrechts, einschließlich zivilrechtlicher Aspekte von Strafsachen, und
- das Büro des Generalstaatsanwalts der Russischen Föderation (ul. Bolschaja Dmitrowka 15a, 103793 Moskau, Russische Föderation) für Fragen des Strafrechts.“

II.

Dänemark hat dem Generalsekretär des Europarats am 6. Juli 2001 mit Wirkung vom gleichen Tage die Rücknahme seines bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalts zu Artikel 6 des Übereinkommens (vgl. die Bekanntmachung vom 20. Januar 1999, BGBl. II S. 200) notifiziert.

Liechtenstein hat dem Generalsekretär des Europarats am 11. Juli 2001 mit Wirkung vom gleichen Tage die nachstehende Änderung seiner bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde notifizierten Vorbehalte und der Erklärung (vgl. die Bekanntmachung vom 16. März 2001, BGBl. II S. 339) notifiziert:

(Übersetzung)

„The scope of application of Article 6, paragraph 1, of the Convention shall be extended to include as predicate offences misdemeanours in accordance with the Liechtenstein Narcotics Act as well as misdemeanours pursuant to Articles 304 to 308 of the Liechtenstein Penal Code (corruption offences). The reservation with respect to Article 6, paragraph 1, of the Convention shall henceforth read as follows:

‘In accordance with Article 6, paragraph 4, of the Convention, the Principality of Liechtenstein declares that paragraph 1 of Article 6 shall apply only to predicate offences which are crimes under Liechtenstein law (§ 17 of the Liechtenstein Penal Code), misdemeanours in accordance with the Liechtenstein Narcotics Act or misdemeanours pursuant to Articles 304 to 308 of the Liechtenstein Penal Code (corruption offences).’

The declaration with regard to Article 23, paragraph 1, of the Convention shall henceforth read as follows:

‘In accordance with Article 23, paragraph 1, the central authority of the Principality of Liechtenstein is

Ressort Justiz
Regierungsgebäude
FL-9490 Vaduz
Liechtenstein.

The new central authority assumes all the functions of the former central authority (Rechtsdienst der Regierung) under the Convention.’

„Der Anwendungsbereich des Artikels 6 Absatz 1 des Übereinkommens wird so ausgeweitet, dass Vergehen nach dem liechtensteinischen Betäubungsmittelgesetz sowie Vergehen nach den Paragraphen 304 bis 308 des liechtensteinischen Strafgesetzbuchs (Bestechungsdelikte) unter die Haupttaten fallen. Der Vorbehalt zu Artikel 6 Absatz 1 des Übereinkommens lautet von nun an wie folgt:

„Gemäß Artikel 6 Absatz 4 des Übereinkommens erklärt das Fürstentum Liechtenstein, dass Absatz 1 nur auf die Haupttaten Anwendung findet, die nach liechtensteinischem Recht Straftaten (§ 17 des liechtensteinischen Strafgesetzbuchs), Vergehen nach dem liechtensteinischen Betäubungsmittelgesetz oder Vergehen nach den Paragraphen 304 bis 308 des liechtensteinischen Strafgesetzbuchs (Bestechungsdelikte) darstellen.’

Die Erklärung zu Artikel 23 Absatz 1 des Übereinkommens lautet von nun an wie folgt:

„Die Zentrale Behörde nach Artikel 23 Absatz 1 ist im Fürstentum Liechtenstein:

Ressort Justiz
Regierungsgebäude
FL-9490 Vaduz
Liechtenstein.

Die neue Zentrale Behörde nimmt sämtliche Aufgaben der bisherigen Zentralen Behörde (Rechtsdienst der Regierung) im Sinne des Übereinkommens wahr.’

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 19. Oktober 2001 (BGBl. II S. 1264).

Berlin, den 14. Januar 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Haager Übereinkommens über den Zivilprozess**

Vom 15. Januar 2002

I.

Die Bundesrepublik Jugoslawien hat der Regierung der Niederlande als Verwahrer des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954 über den Zivilprozess (BGBl. 1958 II S. 576) am 26. April 2001 mitgeteilt, dass sie sich als einer der Rechtsnachfolger der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien mit Wirkung vom 27. April 1992, dem Tag der Gründung der Bundesrepublik Jugoslawien, als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet.

Die Regierung der Niederlande hat mit Note vom 24. Juli 2001 mitgeteilt, dass keiner der Vertragsstaaten dieses Übereinkommens gegen diese Erklärung Einspruch eingelegt hat und das Übereinkommen demzufolge zwischen den Vertragsstaaten und der Bundesrepublik Jugoslawien weiterhin in Kraft ist.

II.

Zypern hat dem Verwahrer bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 27. April 2000 (vgl. die Bekanntmachung vom 3. April 2001, BGBl. II S. 499) nachstehenden Vorbehalt notifiziert:

(Übersetzung)

“In accordance with Article 32 of the Convention, the Republic of Cyprus reserves the right to limit the application of Article 17 to nationals of the Contracting States who have their customary residence in its territory.”

„Nach Artikel 32 des Übereinkommens behält sich die Republik Zypern das Recht vor, die Anwendung des Artikels 17 auf die Angehörigen der Vertragsstaaten zu beschränken, die in ihrem Hoheitsgebiet ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. April 2001 (BGBl. II S. 499).

Berlin, den 15. Januar 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mBH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,70 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von 1984 zum Übereinkommen von 1979
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
betreffend die langfristige Finanzierung des Programms über die Zusammenarbeit
bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung
von luftverunreinigenden Stoffen in Europa (EMEP)**

Vom 17. Januar 2002

Das Protokoll vom 28. September 1984 zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die langfristige Finanzierung des Programms über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa (EMEP) – BGBl. 1988 II S. 421 – wird nach seinem Artikel 10 Abs. 2 für

Estland am 7. März 2002
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. Mai 2001 (BGBl. II S. 617).

Berlin, den 17. Januar 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg